Rezensionen von Buchtips.net

Christian Hacke: Zur Weltmacht verdammt

Buchinfos

Verlag: [Econ Ullstein List Verlag \(weitere Bücher von diesem Verlag zeigen\)](#)
Genre: [Sachbuch](#)
ISBN-13: 978-3-548-26585-8 ([bei Amazon.de bestellen](#))
Preis: 3,19 Euro (Stand: 22. August 2025)

Nach Amerika kommen, heißt irgendwie auch, nach Hause kommen. Der nuschelig-breite Texanerakzent des Taxifahrers, die klinisch sauberen Malls, die Hügel von San Francisco mit den fotogenen Uraltcablecars, die riesigen Glücksspielpaläste von Reno, Nevada, die halbwüste Steppenlandschaft Utahs, die Ponderosa-Kulisse am Lake Tahoe, die Stephen-King-öde Kleinstadt The Dalles, Oregon, die Mütter, die Calvin-and-Hobbes-Raubdrucke verkauften, um Geld für eine Highschool-Veranstaltung zu sammeln, die abgerissenen Obdachlosen in Portlands Downtown, die quietschgelben Schulbusse: Alles kam mir im Urlaubssommer 1993 vertraut und neu zugleich vor, wie ein Ort, den man als Kind verlassen hat und als Erwachsener wieder sieht. In die Staaten bin ich mit einem Haufen Bilder im Kopf gereist. Hollywood und andere Medien hatten sie mir dorthin gestopft, und es fiel mir nicht schwer, all das irgendwie auch wiederzufinden. Daneben gab's vieles, was mich überraschte, klar, trotzdem: Von keinem anderen Reiseziel hatte ich vorher ein so detailliertes Bild wie von den Staaten.

AMERIKA!

AMERIKA?

Selbst wer Tower und Big Ben nicht auseinanderhalten kann, weiß, daß die Freiheitsstatue in New York steht, selbst wer Sigmar Gabriel nicht kennt, weiß, wer George Bush jr. ist: Nach dem Zerfall der Sowjetunion sind die USA die einzige verbliebene Weltmacht, ihre Filmkultur kommt weltweit in die Kinoprogramme, ihre Musik dominiert weltweit die Charts, ihre Politik bestimmt weltweit über Krieg und Frieden, an ihrer Wirtschaft hängen weltweit die Konzerne und Volkswirtschaften. Wie kein anderes Land, keine Diktatur, keine Musterdemokratie, standen und stehen sie auch in der Kritik. Während Antiamerikanismus ein in Deutschland wohlbekanntes und weitverbreitetes Phänomen ist, gibt's für vergleichbare Haltungen gegenüber Schweizern, Polen, Dänen oder Franzosen nicht mal mehr ein Wort, geschweige denn nennenswerte Beispiele.

Daß das so ist, war nicht selbstverständlich: Als sich die dreizehn Gründerstaaten Ende des 18. Jahrhunderts aus britischer Oberhoheit lösten und eine revolutionäre, weil republikanische Verfassung gaben, war nicht vorauszusehen, daß aus den paar Kleinstädten, Farmerdörfern und Baumwollplantagen mehr werden würde als das, was aus, sagen wir, Brasilien, Mexiko oder Australien wurde.

Faktisch geschützt durch die Flotten des Britischen Empires, waren die USA über das 19. Jahrhundert ein zwar wirtschaftlich prosperierendes, aber doch eher wenig beachtetes Stück Neue Welt. Zur Weltmacht wurden die USA im Verlauf zweier Weltkriege, die die Europäer (und besonders die Deutschen) aus nichtigen Anlässen untereinander vom Zaun brachen. Bis ins 20. Jahrhundert hatten sich die USA damit begnügt, leuchtendes Vorbild zu sein. Mit Präsident Wilson und dem von ihm konzipierten Völkerbund begannen die USA, aktiv in die Händel anderer Länder einzugreifen, ihren Verbündeten und Handelspartnern beizustehen und weltweit das zu verbreiten, was man vereinfacht "amerikanische Werte" nennen kann.

"ZUR WELTMACHT VERDAMMT"

Der Buchtitel ist schon die Zentralthese des Bonner Politikwissenschaftler Christian Hacke: Die US-Amerikaner haben sich ihre Weltmachtrolle nicht gesucht, sie ergab sich aus einer ganzen Reihe von Faktoren. Immer wieder erstarkte und erstarkt der Isolationismus, der Wunsch, die Welt Welt sein zu lassen und amerikanische Politik auf Amerika zu beschränken.

Es war nicht nur die Einsicht in die eigenen - weltweiten - wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen, die Amerika zu einer aktiven Rolle zwangen: Genauso, und in weit stärkerem Maße als in Europa, richtet sich amerikanische Weltpolitik nach moralischen Vorgaben und Maßstäben - zumindest in der Theorie. Amerikaner erwarten von ihren Präsidenten, daß sie ihre Politik an den "amerikanischen Werten" ausrichten, an Freiheit, Demokratie, Marktwirtschaft und Menschenrechten, auch an Wohlstand und Solidarität. Welche Politik die amerikanischen Präsidenten seit den 60ern, von Kennedy bis Bush jr., bis heute betrieben haben, und warum, versteht man nicht, wenn man nicht dieses Spannung von Interessenpolitik einerseits und moralisch-universellem Anspruch andererseits kennt. Oft genug wurde dabei Machtinteressen nur moralisch verbrämt, führten Fehleinschätzungen zu katastrophalen Folgen, wurden Fehler gemacht und höchst fragwürdige Entscheidungen getroffen.

VON DER "NEUEN GRENZE" ZUR BUSH JR.S ERSTEN SCHRITTEN

Im amerikanischen Regierungssystem hat der Präsident eine Schlüsselrolle, die so in Europa unbekannt ist. Der „Secretary of the State“, der Außenminister, hat eine weit weniger eigenständige Rolle als in Europa: Nominell „berät“ er den Präsidenten nur. Auch der Verteidigungsminister und der Nationale Sicherheitsberater bestimmen die Außenpolitik maßgeblich mit, der Kongreß hat in entscheidenden Fragen wichtige Einspruchsrechte, und da amerikanische Außenpolitik besonders stark wirtschaftlich ausgerichtet ist, hat auch der Finanz- und Handelsminister einigen Einfluß. Erstaunlich wenig Einfluß haben üblicherweise die Vizepräsidenten, die oft genug von der innerparteilichen Opposition gestellt werden und entsprechend wenig Sympathie beim Amtsinhaber genießen.

Anders als in Deutschland wechselt ein neuer Präsident üblicherweise nicht nur die Minister, sondern auch die höheren Fachbeamten aus. Die Außenpolitik richtet sich deshalb viel stärker nach den Vorstellungen des jeweiligen Präsidenten, und auch Christian Hacke unterteilt seine Darstellung nach den Amtszeiten der Präsidenten. John F. Kennedy begann 1961 unter dem Motto der „New Frontier“. Auf den Sputnik-Schock antwortete er mit dem ehrgeizigen Plan, einen Menschen auf den Mond zu bringen. Der Herausforderung des Kommunismus begegnete er einerseits mit der Forderung, den sozialen Wandel in der Welt zu fördern - und andererseits mit einer Politik der Eingrenzung.

Kennedy pokerte nicht nur hoch, als er Kuba blockieren und des Nuklearraketen-Transports verdächtige Schiffe aufhalten ließ: Nur durch das Einlenken Chruschtschows in letzter Minute kam es zu keinem Dritten Weltkrieg. Kennedy vergrößerte auch das US-Engagement in Vietnam. Aus einigen wenigen Beratern, die der Regierung in Südvietnam helfen sollten, sich gegen den kommunistischen Norden abzusichern, wurden bald mehrere tausend. Während das lokale Regime seine Bevölkerung unterdrückte, Hilfsgelder versickern ließ und jegliche Sympathien bei den Beherrschten verlor, wollten die US-Amerikaner auf keinen Fall eine weitere Ausdehnung des Einflußbereichs Moskaus zulassen.

Die Furcht vor einer kommunistischen Weltverschwörung (die es so nicht gab) bestimmte auch die Politik Lyndon B. Johnsons. Nach dem Mord an Kennedy 1963 an die Macht gekommen, wollte er sich auf die Innenpolitik konzentrieren. In der Vietnampolitik wurde ihm einerseits geraten, sich vollständig zurückzuziehen, andererseits, Nordvietnam und den Vietcong mit einem massiven Militärschlag zu besiegen. Johnson entschied sich stattdessen dafür, den Einsatz „gemäßiger“ Mengen von Bodentruppen und eine „gemäßigte“ Zahl an Bombardements anzuordnen und den Südvietnamesen „gemäßigte“ finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Der Krieg wurde zum endlosen Alptraum.

1969 folgte ihm der Republikaner Richard M. Nixon im Amt. Er setzte auf die „Vietnamesierung“ des Konfliktes und begann mit einem langsamen, „ehrvollen“ Rückzug der Amerikaner. Nixons Politik gegenüber den kommunistischen Großmächten war anspruchsvoll: Er baute auf gute Beziehungen zur Volksrepublik China, um damit die Verwerfungen zwischen Peking und Moskau zu nutzen. Den Kremlherrschern trat er mit Entschlossenheit und demonstrativer militärischer Stärke gegenüber, zeigte sich aber auch bereit, gemeinsame Interessen wahrzunehmen und zu verfolgen. Zusammen mit Außenminister Kissinger erreichte er, daß die UdSSR mit den USA das Rüstungsbegrenzungsabkommen SALT I unterzeichnete. Parallel trug [Willy Brandt](#) mit seiner Ostpolitik entscheidend zum beginnenden Entspannungsprozeß bei.

Nixon stolperte über den Watergate-Skandal. Sein Nachfolger Gerald R. Ford übernahm aber seinen Außenminister Kissinger und damit auch weitgehend die Außenpolitik seines Vorgängers. Seine Regierungszeit stand unter keinem guten Stern: Südvietnam und Kambodscha brachen zusammen, die Unterstützung von Rebellen im unabhängig gewordenen Angola gegen die kubanisch und sowjetisch gestützte Regierung führte zu einem langen Bürgerkrieg. Im Nahen Osten konnte Kissinger zwar die ehemaligen Kriegsgegner Israel, Ägypten und Syrien zu kleinen Zugeständnissen bewegen, zu einem umfassenden Frieden war jedoch keine Partei bereit. Erfolgreich war Ford dabei, mit den Westeuropäern und Japanern wirtschaftspolitisch zu Einigungen zu kommen.

Der Erdnußfarmer Jimmy Carter löste Ford 1977 ab. Für Menschenrechte und Moral hatte er sich im Wahlkampf stark gemacht. Sein Idealismus und sein Engagement trug einige spektakuläre Früchte: Der historische Friedensschluß, den Carter zwischen Israelis und Ägyptern in Camp David vermittelte, brachte ihm 2002 den Friedensnobelpreis ein. Gegenüber der Sowjetunion führten öffentliche Forderungen nach mehr Menschenrechten, mehr Ausreiseerlaubnissen und dergleichen mehr dagegen zu Irritationen. Die Sowjetunion ließ stattdessen weniger Dissidenten und Juden ausreisen, und da Carter als schwach galt, scheute man sich auch nicht vor der Invasion in Afghanistan zurück. Letztlich brachte ihn seine Iranpolitik zu Fall: Der Herrscher des Irans, der Schah, war traditionell Verbündeter der USA. Menschenrechtsverletzungen und diktatorische Machthandhabung des Schahs wurden nun öffentlich kritisiert, die Unterstützung wurde eingefroren. Carter setzte tatsächlich auf eine Opposition, die eine Wende zum besseren bringen sollte - die aber weit und breit nicht zu erkennen war. Carter, selbst frommer Christ, hegte aber die Illusion, daß die Mullahs unter Ayatollah Khomeini eine gerechte und bessere Alternative darstellen würden. Das erwies sich als Irrtum: Die langjährige Unterstützung des Schahs, noch mehr die Entscheidung, ihm nach seinem Sturz Asyl zu gewähren, namen die radikalen Muslime den USA besonders übel. Amerikanische Botschaftsangehörige wurden von den neuen Machthabern als Geiseln genommen, um damit Zugeständnisse zu erpressen - was auch gelang. Nur kamen die Geiseln nicht frei. Ein mißglückter Befreiungsversuch brachte Carter endgültig zu Fall.

In den letzten Monaten war Carter verbal und inhaltlich zu einer härteren Haltung gegenüber der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten zurückgekehrt, er orientierte amerikanische Unterstützung stärker an amerikanischen Interessen. Glaubwürdig wurde er damit nicht, anders als sein Nachfolger Ronald Reagan. Der ehemalige Schauspieler gab sich 1981 als eingefleischter Antikommunist. Mit der Sowjetunion, die oft genug Verträge brach

und nur soweit zu Konzessionen bereit war, wie es ihren Machtinteressen half, ging er auf Konfrontationskurs. Über den Umweg des Vatikans unterstützte er die Solidarnosc-Bewegung in Polen. Die Forschung an SDI, seiner Idee eines Raketenabwehrsystems (das bis heute nicht im Ansatz funktioniert), brachte die UdSSR dazu, ebenfalls viel Geld für ein vergleichbares System aus dem Fenster zu werfen. Hacke zumindest vertritt die Ansicht, daß der Konfrontationskurs des Westens (inklusive des NATO-Doppelbeschlusses) letztlich die Wahl des Reformers Gorbatschow und den Zusammenbruch der Sowjetunion herbeiführten. Reagan blieb Gorbatschow gegenüber zuerst skeptisch, schwenkte dann aber ein und rang ihm erhebliche Zugeständnisse ab. Als er dann 1987 in Berlin den Abbruch der Mauer forderte, war er wohl der einzige, der geglaubt hätte, daß es die zwei Jahre später nicht mehr geben würde. Reagans Antikommunismus hatte allerdings auch negative Begleiterscheinungen: Am Kongreß vorbei unterstützte er die rechtsgerichteten "Contras" in Nicaragua, und zwar mit Geldern aus illegalen Waffenverkäufen an den Iran. Innenpolitisch führte seine Hochrüstung und seine "Reagonomics"-Wirtschaftspolitik zu Schuldenbergen, sozialer Verelendung, wirtschaftlichem Niedergang, technisch-wissenschaftlichem Zurückfallen und anderen Verwerfungen mehr. Die Abwicklung der Sowjetunion, inklusive Wiedervereinigung, wurde schließlich Aufgabe George Bush sr.s, der 1989 vom Vize- zum Präsidenten aufstieg. In enormem Tempo brachte er zusammen mit Kohl eine Wiedervereinigung ohne Aufgabe von NATO- und sonstigen Westbindungen Deutschlands zustande. Das Zeitfenster dafür war letztlich klein: Mitte 1990 besetzte der irakische Diktator Saddam Hussein das kleine Nachbarland Kuwait.

Hussein war damit im Besitz eines Viertels der Welt-Erdöl-Reserven. Lange Zeit von den USA als kleineres Übel gegen den Iran unterstützt, suchte Bush gegen ihn weltweite Unterstützung, um die irakischen Truppen wieder aus dem kleinen Wüstenstaat zu vertreiben. Das gelang ihm 1991 auch in einem mit sechs Wochen unerwartet kurzen und (auf alliierter Seite) verlustarmen Krieg. In der Folge gelang es ihm allerdings nicht, aus dem militärischen Sieg politischen Gewinn für die Lösung der Nahost-Probleme zu finden. In Somalia verhedderte sich Bush in einem halbherzigen, letztlich wenig erfolgreichen Einsatz, der humanitäre Hilfeleistungen schützen sollte. Die wirtschaftlichen Probleme der USA überwand Bush sr. nicht. 1993 verlor er daher gegen den demokratischen Gouverneur von Arkansas, William Clinton. Starke Einschnitte ins ohnehin grobmaschige soziale Netz, massige Investitionen in Bildung, Forschung und Technik, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Außenpolitik brachten einen ausgeglichenen Haushalt, den Abbau der Schulden, wirtschaftliches Wachstum, sinkende Arbeitslosigkeit und rasch zunehmendes Volksvermögen. Davon profitierten allerdings vor allem die Reichen - Unterschicht und Mittelschicht kämpften weiterhin mit stagnierenden Einkommen. Abgesehen von Johnson ist Clinton der einzige Präsident seit den 1960ern, der seinen Schwerpunkt auf die Innenpolitik legte. Hackes Ausführungen enden mit der Wahl und den ersten Amtshandlungen Bush jr.s. Mehr Raum widmet er der Frage, wie die Rolle der USA in der Zukunft aussehen werden.

OVERNEWSED AND UNDERINFORMED?
Verwirrt? Neugierig geworden? Beides? Christian Hacke präsentiert vier Jahrzehnte amerikanischer Außenpolitik auf gut 600 Seiten, dazu kommen noch Fußnoten, Anhänge, Literaturverzeichnis und Personenverzeichnis. Das ist reichlich Zeugs. Hacke schreibt knapp und hat Unmengen von Material eingearbeitet. Herausgekommen ist dabei eine unübersichtliche Übersicht. In den letzten vierzig Jahren gab es reichlich politische Krisen und Erfolge, Kriege in abgelegeneren Regionen, wirtschaftliche Entwicklungen und so weiter. In der amerikanischen Außenpolitik spielten so viele eine wichtige Rolle, daß man leicht die Übersicht verlieren kann. Auf der anderen Seite bleibt auch für kritische Einzelgeschehnisse nur wenig Platz: Viel mehr als eine erste Orientierung für die Geschichte von beispielsweise Afghanistan-Besetzung, Kubakrise, Nahostkonflikten, Bosnien-Krieg oder Wiedervereinigung bietet Hackes Buch nicht. Das völlige Fehlen von Grafiken, Illustrationen oder auch nur Tabellen im Haupttext macht das Buch noch unübersichtlicher. Der Autor setzt dazu etwas Vorwissen voraus - und auch, daß sich der Leser nicht von komplizierten Zusammenhängen und (gängigen) politischen Fachbegriffen abstoßen läßt. Während das sein Buch nur anstrengend macht, stört weit mehr, daß Hacke seine Bewertungen öfters ohne nachvollziehbare Begründungen oder ausreichende Anbindung an den präsentierten Hintergründen auf den Leser losläßt. Was dieser oder jener Politiker gewollt oder geplant haben soll, muß man ihm öfters einfach glauben. Christian Hacke sympathisiert offenkundig mit Deutschlands langjährigem Außenminister Genscher und dessen Politik, und Hans-Dietrich Genscher schrieb dann auch ein Vorwort zu diesem Buch. Sein politischer Grundkompaß ist wohl am ehesten bürgerlich-liberal zu nennen. Hacke ist kein Antiamerikaner, bei weitem nicht, aber er steht dem Land auch nicht unkritisch gegenüber. Seine Wertungen sind differenziert und im wesentlichen nachvollziehbar. Er liefert genug Fakten, so daß auch die, die im einzelnen zu anderen Schlüssen kommen, sein Buch mit Gewinn lesen können.

OH SAY, CAN YOU SEE...
"Zur Weltmacht verdammt" ist kein Buch für alle und jeden. Wer sowieso alles ablehnt, was mit Amerika und den Amerikanern zusammenhängt, wird damit wenig anfangen können. Wer Realpolitik nur für ein schmutziges Geschäft hält und mehr an moralischer Unangreifbarkeit und Fehlerlosigkeit denn an der Lösung realer Probleme und Dilemmata interessiert ist, wird mit Hackes wirklichkeitsnahem Politikverständnis wenig anfangen können. Wer keinerlei Vorkenntnisse mitbringt oder gehaltvolle Sachtexte nicht gewohnt ist, wird nach einiger Zeit genervt aufgeben.

Weltpolitik, und darum geht es in diesem Buch, ist kein populäres Thema: Speziell in Deutschland genießt die eigene jüngere Vergangenheit und das Verhältnis zu den Nachbarn weit mehr Aufmerksamkeit als beispielsweise lateinamerikanische Wirtschaftskrisen, zentralafrikanische Kriege, asiatische Bildungsreformen, nahöstliche Religionsstreitigkeiten oder australische Flüchtlingspolitik. Der deutsche Horizont endet, auch und gerade in der Politik, meist beim europäischen Bauchnabel. Sich weltweit für Entwicklungen verantwortlich zu fühlen und sie mit langfristigen Perspektiven mitgestalten zu wollen, ist derzeit nicht sonderlich in Mode. Deutsche Außenpolitik insbesondere orientiert sich eher an den Erfordernissen der jeweils nächsten Wahl.

Schon weil Europa mit sich selbst beschäftigt ist, bleiben die USA "Zur Weltmacht verdammt". Wie sie in der Vergangenheit diese Rolle gerecht wurden, dazu gibt Hackes Buch eine anstrengende, aber im deutschen Sprachraum konkurrenzlose Einführung.

7 von 10 Sternen

Vorgeschlagen von [Andreas P. Rauch](#)
[19. Januar 2003]